

# Sitzung des Rates der Stadt Eschweiler am 24. Juni 2020

---

Unterlagen zu

TOP 15 - Anfragen und Mitteilungen

Schnellbrief 315/2020 des StGB NRW vom 15. Juni 2020:  
Kommunalschutz-Paket und kommunaler Rettungsschirm  
Schreiben der kommunalen Spitzenverbände an Minister-  
präsident Laschet vom 10. Juni 2020

sowie

Presseinformation des StGB NRW 24/2020 vom 04. Juni  
2020: „Wirksame Entlastung für Städte und Gemeinden

---



Städte- und Gemeindebund  
Nordrhein-Westfalen

■ Städte- und Gemeindebund NRW • Postfach 10 39 52 • 40030 Düsseldorf

### Schnellbrief 315/2020

An die  
Mitgliedsstädte und -gemeinden

Postfach 10 39 52 • 40030 Düsseldorf  
Kaiserswerther Straße 199-201  
40474 Düsseldorf  
Telefon 0211 • 4587-1  
Telefax 0211 • 4587-287  
E-Mail: info@kommunen.nrw  
pers. E-Mail: Claus.Hamacher@kommunen.nrw  
Internet: www.kommunen.nrw  
Aktenzeichen: 41.0.1-006/008

Ansprechpartner: Beigeordneter Hamacher,  
Referent Müller  
Durchwahl 0211 • 4587-220/-255

15. Juni 2020

### Kommunalschutz-Paket und kommunaler Rettungsschirm Schreiben der kommunalen Spitzenverbände an Ministerpräsident Laschet

Sehr geehrte Damen und Herren Bürgermeisterinnen und Bürgermeister,

die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen hat sich mit einem Schreiben an Ministerpräsident Laschet gewandt und um einen kurzfristigen Austausch über notwendige finanzielle Hilfen für Kommunen und die Position der Landesregierung hierzu gebeten.

Das Schreiben dürfen wir Ihnen in der **Anlage** zur Kenntnis geben.

Über den weiteren Verlauf werden wir berichten.

Mit freundlichen Grüßen  
In Vertretung

Claus Hamacher

**Anlage**

*Diesen Schnellbrief und weitere tagesaktuelle Informationen, Gesetzesvorlagen und -texte, Mustersatzungen und -dienstsanweisungen etc. aus dem kommunalen Bereich finden Sie im kostenlosen Intranet des StGB NRW. Die Zugangsdaten hierfür erhalten Sie im Hauptamt Ihrer Kommune.*

Herrn Ministerpräsidenten  
Armin Laschet MdL  
Staatskanzlei NRW  
Horionplatz 1  
40213 Düsseldorf

### Kommunalschutz-Paket und kommunaler Rettungsschirm

10. Juni 2020

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

in unserem Gespräch am 1. Mai 2020 hatten wir auch über die Frage der Einbindung der Kommunen in den NRW-Rettungsschirm gesprochen. Dabei hatten die kommunalen Spitzenverbände die Absicht der Landesregierung begrüßt, den Kommunen mit dem Kommunalschutz-Paket Instrumente für die Bewältigung der durch die Corona-Krise verursachten Schäden an die Hand zu geben. Dies betrifft sowohl die Isolierung der Corona-bedingten Kosten in den Haushalten als auch die Absicherung der Liquiditätsversorgung durch die NRW.Bank.

Zugleich hatten wir jedoch deutlich gemacht, dass angesichts der enormen Einnahmeausfälle und der sich bereits abzeichnenden zusätzlichen Ausgaben die Kommunen in erheblichem Umfang auch echte Finanzhilfen benötigen und über die Corona-Pandemie auch die Frage der Altschulden nicht in Vergessenheit geraten darf.

Der Koalitionsausschuss der Bundesregierung hat vergangene Woche mit seinem Konjunkturpaket weitreichende Hilfen für die Kommunen beschlossen. Die Übernahme der Unterkunftskosten bis zu 75 Prozent und auch der hälftige Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle für das Jahr 2020 sind ein gutes, wichtiges Signal und zeigen, dass der Bund die Kommunen in der Krise nicht allein lässt. Er hat zugleich signalisiert, dass er bei der Altschuldenhilfe die betroffenen Länder in der Verantwortung sieht.

Leider fehlt es bislang an konkreten Aussagen des Landes NRW.

Städtetag NRW  
Helmut Dedy  
Geschäftsführer  
Telefon 0221 3771-229  
helmut.dedy@staedtetag.de  
Gereonstraße 18 - 32  
50670 Köln  
www.staedtetag-nrw.de  
Aktenzeichen:

Landkreistag NRW  
Dr. Martin Klein  
Hauptgeschäftsführer  
Telefon 0211 300491-300  
martin.klein@lkt-nrw.de  
Kavalleriestraße 8  
40213 Düsseldorf  
www.lkt-nrw.de  
Aktenzeichen:

Städte- und Gemeindebund NRW  
Dr. Bernd Jürgen Schneider  
Hauptgeschäftsführer  
Telefon 0211 4587-223  
bernd.schneider@kommunen.nrw  
Kaiserwerther Straße 199 - 201  
40474 Düsseldorf  
www.kommunen.nrw  
Aktenzeichen: 41.0.1-006/008

Das Land muss sich zu konkreten Hilfen über Ankündigungen hinaus bekennen. Bereits im Kabinettsbeschluss vom 31. März 2020 hat die Landesregierung festgestellt, dass die Gemeinden und Gemeindeverbände einen anteiligen Ausgleich aus dem NRW- Rettungsschirm erfahren können. Diese Zusage muss endlich eingelöst werden.

Darüber hinaus brauchen wir die Gewissheit, dass das Land bereit ist, in Ergänzung des Angebotes des Bundes die andere Hälfte der Gewerbesteuer ausfälle in NRW zu ersetzen.

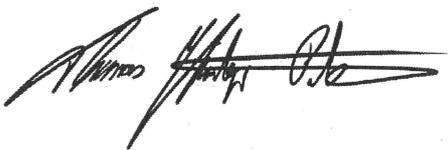
Die ursprünglich vorgesehene Lösung der Altschuldenproblematik durch eine hälftige Übernahme der Liquiditätskredite in Bundesschuld hat auf Bundesebene keinen Konsens gefunden. Umso mehr ist nun die Landesregierung gefordert, gemeinsam mit den Kommunen eine nachhaltige Lösung anzugehen. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die Aussage im Koalitionsvertrag, den Stärkungspakt Kommunal Finanzen in Bezug auf eine Lösung der Altschuldenproblematik zu einer verlässlichen und nachhaltig wirkenden kommunalen Kredithilfe weiterentwickeln zu wollen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, gerne würden wir uns kurzfristig mit Ihnen über die Positionierung der Landesregierung zu diesen Fragestellungen austauschen.

Gerne möchten wir dann auch das Thema Flüchtlingsfinanzierung ansprechen. Hier liegen die gutachterlich ermittelten Zahlen zu realitätsnahen Pauschalen seit längerem auf dem Tisch. Ebenso gibt es einen gemeinsam von den gemeindlichen Spitzenverbänden entwickelten, ausdifferenzierten Vorschlag für einen Verteilmechanismus. Deshalb erlauben wir uns an die Zusage des Landes zu erinnern, eine gesetzliche Neuregelung im Verlauf der ersten Jahreshälfte durchzuführen. Auch wenn uns natürlich bewusst ist, dass durch die Pandemie andere Probleme viel Arbeitskraft in den Ministerien gebunden haben, ist die Zukunft der Flüchtlingsfinanzierung für uns von zentraler Bedeutung. Es geht um eine auskömmliche Ausgestaltung der FlüAG-Pauschale, um die Einbeziehung des Personenkreises der Geduldeten in die FlüAG-Erstattung und um die Weitergabe der Integrationsmittel des Bundes.

Über die zeitnahe Einladung zu einem gemeinsamen Gespräch würden wir uns freuen.

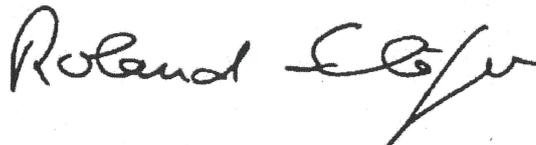
Mit freundlichen Grüßen



Thomas Hunsteger-Petermann  
Oberbürgermeister der Stadt Hamm  
Vorsitzender des  
Städtetages Nordrhein-Westfalen



Thomas Hendele  
Landrat des Kreises Mettmann  
Präsident des  
Landkreistages Nordrhein-Westfalen



Roland Schäfer  
Bürgermeister der Stadt Bergkamen  
Präsident des  
Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen



## Wirksame Entlastung für Städte und Gemeinden

### Konjunkturpaket gibt Kommunen dringend benötigten Spielraum - das Land muss sich erklären

Die Städte und Gemeinden in NRW sind erleichtert, dass der Koalitionsausschuss in Berlin sich auf ein Konjunkturpaket verständigt hat und die Kommunen substanziell unterstützen will. "Das Programm eröffnet den Kommunen in NRW die Aussicht auf dringend benötigte Hilfen. Nun kommt es darauf an, dass auch die Länder schnell und entschlossen mitziehen", erklärten **Roland Schäfer**, Präsident des Städte- und Gemeindebundes NRW und Bürgermeister der Stadt Bergkamen, und **Dr. Bernd Jürgen Schneider**, Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW, in einer ersten Reaktion auf die Entscheidungen der großen Koalition.

Entscheidend sei in den kommenden Monaten für alle Städte und Gemeinden, liquide zu bleiben und mit Investitionen die Wirtschaft wiederbeleben zu können. "Alles andere bedroht unsere Handlungsfähigkeit und die Zukunftschancen der Bürgerinnen und Bürger", betonten Schäfer und Schneider.

Das Konjunkturpaket beinhaltet mehrere Bausteine, die Kommunen spürbar entlasten.

**Kosten der Unterkunft** "Das Vorhaben des Bundes, dauerhaft einen deutlich höheren Anteil bei den Kosten der Unterkunft (KdU) für Arbeitslose zu übernehmen, packt ein großes Problem vieler Kommunen an der Wurzel", erläuterten Schäfer und Schneider. Bislang trägt der Bund rund 50 Prozent der Kosten der Unterkunft, dieser Bundes-Anteil soll nun auf 75 Prozent angehoben werden. "Für Städte und Kreise sind die Kosten der Unterkunft eine schwere Last, die sie schultern müssen, ohne sie verantwortet zu haben. Die Mittel von bundesweit voraussichtlich vier Milliarden Euro würden insbesondere in NRW Kräfte freisetzen. Das ist auch geboten: Je mehr die Wirtschaft durch die Auswirkungen der Corona-Krise in die Knie geht, desto größer werden die Belastung der Kommunen. Auf der einen Seite brechen ihnen die Einnahmen aus Steuern und Gebühren weg, auf der anderen steigen die Sozialkosten", so Schäfer und Schneider.

Besonders zu begrüßen sei die Absicht, den höheren Anteil für die Kosten der Unterkunft auch über das Jahr 2021 zu finanzieren. "Es gehört zu den ältesten Forderungen der Städte, Kreise und Gemeinden, dass der Bund für seine Sozialgesetzgebung auch die finanzielle Verantwortung übernimmt. Die mit dem Konjunkturpaket beschlossene Entlastung bei den Sozialkosten ist für die Kommunen eine zielsichere Hilfe, die auch langfristig Wirkung zeigen wird. Wir begrüßen ausdrücklich, dass sich auch die Landesregierung in den vergangenen Wochen dafür eingesetzt hat. Die Kreise sind nun gefordert, diese Entlastung 1:1 an die kreisangehörigen Kommunen weiterzugeben", so der Präsident und der Hauptgeschäftsführer des kommunalen Spitzenverbandes.

**Gewerbsteuer** "Der massive Einbruch der Gewerbesteuer ist für die kommunalen Haushalte eine Katastrophe. Umso wichtiger ist nun, dass der Bund die Hälfte der Ausfälle übernimmt", betonten Schäfer und Schneider. Allein in NRW beziffere sich der Rückgang laut Steuerschätzung auf deutlich mehr als vier Milliarden Euro. "Ein solcher Schutzschirm wird dazu beitragen, dass die Städte und Gemeinden auch weiterhin der Motor für öffentliche Investitionen bleiben, die das Land braucht, um aus dieser Krise herauszukommen."

**Digitalisierung, Sportstätten und Verkehr** "Auch die zusätzlichen Mittel für die Digitalisierung, den öffentlichen Personennahverkehr und den Investitionsplan Sportstätten sind für Kommunen eine wichtige Hilfe. Sie tragen dazu bei, die Mindereinnahmen in Bussen und Bahnen durch die Corona-Pandemie aufzufangen und den Investitionsstau in der öffentlichen Infrastruktur abzubauen. Auch Fortschritte bei der Digitalisierung, insbesondere der Digitalisierung der Schulen, dienen dem Wohl der Bürgerinnen und Bürger", erläuterten Schäfer und Schneider.

**Altschulden** Dass im Koalitionsausschuss keine Lösung für die Frage der Altschulden erzielt wurde, bedauerten Schäfer und Schneider. "Die hohe Schuldenlast schränkt die Zukunftschancen der betroffenen Städte erheblich ein und bleibt eine zentrale Herausforderung für die Politik", kommentierten der Präsident und der Hauptgeschäftsführer. Ohne eine Lösung des Altschuldenproblems werde sich das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland nicht erreichen lassen.

**Ausblick** "Die Pläne für die überfällige Entlastung der Kommunen liegen jetzt auf dem Tisch. Wir gehen davon aus, dass in Kürze auch die Landesregierung Farbe bekennt und ihrer Verantwortung für die Kommunen in NRW gerecht wird", machten Schäfer und Schneider deutlich. Das Land stehe in der Pflicht, seinen Teil zu den Berliner Beschlüssen beizutragen und die verbleibende Hälfte bei den Ausfällen der Gewerbesteuer zu tragen. Kommunen dürften nicht in eine Situation geraten, in der sie gezwungen seien, Finanzengpässe durch weitere Verschuldung zu überbrücken. Hinzu komme, dass Kommunen bei der Finanzierung der Flüchtlingskosten seit mehreren Jahren in Vorleistung gingen und die zugesagte Rückerstattung durch das Land bisher ausgeblieben sei.

"Verschuldete Städte und Gemeinden können nicht gestalten. Aber in diesen Zeiten benötigen wir Antreiber mehr denn je. Wir sind gut beraten, das Potenzial der Kommunen als Motor für Wachstum und Beschäftigung zu nutzen", sagten Schäfer und Schneider. "Kommunale Investitionen sind Zukunftsinvestitionen. Sie sorgen dafür, dass Unternehmen und Handwerk vor Ort profitieren und ermöglichen die weitere Modernisierung Schulen und Sportstätten sowie den Umbau der Verkehrsinfrastruktur für zukunftsgerechte, klimafreundliche Städte und Gemeinden."